



Informationspflicht nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei der Erhebung von personenbezogenen Daten

Der Landkreis Märkisch-Oderland informiert Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Ihre Rechte nach der DSGVO. Diese Informationen werden soweit erforderlich aktualisiert.

Welche Daten der Landkreis Märkisch-Oderland verarbeitet und in welcher Weise diese genutzt werden, richtet sich nach den gestellten Anträgen.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlich ist

Landkreis Märkisch-Oderland
Der Landrat, Sozialamt
Puschkinplatz 12, 15306 Seelow
Telefon: 03346 850-6501
Telefax: 03346 850-6509
E-Mail: sozialamt@landkreismol.de
Internet: www.maerkisch-oderland.de

Beauftragter für den Datenschutz

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landkreis Märkisch-Oderland
Datenschutzbeauftragter
Puschkinplatz 12, 15306 Seelow
E-Mail: datenschutzbeauftragter@landkreismol.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit es für die Ermittlung der, für die Leistungsgewährung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (SGB XII), nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG) sowie nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG), maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Ihre Daten verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DSGVO, §§ 67a ff. SGB X). Ihre zuständige Behörde ist hierbei „Verantwortliche“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DSGVO.

Das Sozialamt des Landkreises Märkisch-Oderland verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zwecke gesetzlicher Aufgabenerledigung, mithin der Beratung und Prüfung eines sozialrechtlichen Leistungsanspruches.

Datenerhebung von personenbezogenen Daten

1. Kategorien personenbezogener Daten

Vom Sozialamt des Landkreises Märkisch-Oderland werden insbesondere folgende Datenkategorien verarbeitet:

- a. **Stammdaten inkl. Kontaktdaten**
Das sind beispielsweise:
Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburts-ort, Anschrift, Telefonnummer (freiwillige Angabe), E-Mail-Adresse (freiwillige Angabe), Familienstand, Angaben zur Schwerbehinderung, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsstatus, Renten-/Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung
- b. **Daten zur Leistungsgewährung**
Das sind beispielsweise:
Einkommens- und Vermögensnachweise, Leistungszeitraum, -höhe und -art, Bedarfe der Unterkunft und Heizung, Daten zu Unterhaltsansprüchen/ Regressansprüchen, Daten zu Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung,
- c. **Gesundheitsdaten**
Das sind beispielsweise Daten für die Hilfebedarfserfassung in der Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie im Reha-Bereich, Begutachtungen oder Stellungnahmen durch den Ärztlichen Dienst, den Medizinischen Dienst der Krankenkassen sowie Daten zur Feststellung des Erwerbsstatus über den Rententräger.

2. Die vorgenannten Datenkategorien können zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung vom Sozialamt an Dritte übermittelt werden. Dritte sind beispielsweise:

andere Sozialleistungsträger (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörde, Leistungserbringer, Finanzämter, Strafverfolgungsbehörden, Behörden der Gefahrenabwehr (z.B. Ordnungsämter, sozialpsychiatrischer Dienst, Polizei, Staatsanwaltschaft), Gerichte, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof, Schuldnerberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Suchtberatung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), psychosoziale Betreuung (nur mit Einwilligung des Betroffenen), Vermieter (wenn an diesen direkt gezahlt wird),



Energieversorger (wenn an diesen direkt gezahlt wird), Krankenkassen (wenn an diese direkt bezahlt wird) oder andere Dritte wie z.B. kommunale Ämter.

Ferner werden im Rahmen statistischer Meldepflichten anonymisierte Daten an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sowie an das statistische Bundesamt übermittelt

3. Datenerhebung von personenbezogenen Daten bei anderen Stellen

Sofern die Haushaltsmitglieder nicht oder nicht vollständig an der Aufklärung des Sachverhalts mitwirken, kann die Behörde entsprechend § 21 SGB X und § 117 SGB XII auch Auskünfte einholen bzw. Daten erheben

- bei anderen Stellen (z. B. Arbeitseinkommen)
- bei anderen Sozialleistungsträgern (z. B. Agentur für Arbeit, Jobcenter, Familienkasse, Unterhaltsvorschussstelle) nach §§ 3, 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X, inwieweit z. B. andere Sozialleistungen beantragt, bewilligt oder eingestellt wurden oder inwieweit Aussicht auf Bewilligung dieser Leistungen besteht und
- beim Finanzamt zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen nach § 21 Abs. 4 SGB X

4. Manueller bzw. automatisierter Datenabgleich

Zur Vermeidung und Aufdeckung der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Sozialleistungen, mit Ausnahme von Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz sowie nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wird ein regelmäßiger Datenabgleich für alle Leistungsempfänger, auch in automatisierter Form, insbesondere mit der Datenstelle der Rentenversicherung durchgeführt (§ 118 SGB XII, § 9 Abs. 5 AsylbLG). Es darf z.B. abgeglichen werden, ob während des Leistungsbezuges Arbeitslosengeld II gezahlt wird, ob eine versicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung besteht oder in welcher Höhe Kapitalerträge zufließen.

Dauer der Speicherung

Für Daten zur Inanspruchnahme von Geld- und Sachleistungen besteht eine Speicherfrist von 10 Jahren nach Beendigung des Falles.

Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO i.V.m § 83 SGB X).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO i.V.m § 84 SGB X).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO i.V.m § 84 SGB X zutrifft.
- d) Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO i.V.m § 84 SGB X.
- e) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- f) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO i.V.m § 84 SGB X).

Automatisierte Einzelfallentscheidungen gem. Art 22 DSGVO finden bei uns nicht statt.

Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten zum Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Die Einwilligung kann nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

Beschwerderecht

Jeder Betroffene hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht
Stahnsdorfer Damm 77
14532 Kleinmachnow
Telefon: 033203/356-0
Telefax: 033203/356-49
E-Mail: Poststelle@LDA.Brandenburg.de

wenn er der Ansicht ist, dass seine personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.